

## BUCHBESPRECHUNGEN

**Amos, Karin / Josef Schmid / Josef Schrader / Ansgar Thiel (Hg.):** *Europäischer Bildungsraum*  
**Grande, Edgar / Dorothea Jansen / Otfried Jarren / Arie Rip / Uwe Schimank / Peter Weingart (Hg.):** *Neue Governance der Wissenschaft*  
*(Manuel Becker)*..... 512

**Dietschy, Beat / Doris Zeilinger / Rainer Zimmermann:** *Bloch-Wörterbuch*  
*(Richard Albrecht)*..... 514

**Gallus, Alexander / Thomas Schubert / Tom Thieme (Hg.):** *Deutsche Kontroversen: Festschrift für Eckhard Jesse*  
*(Christian Nestler)*..... 515

**Peter, Lothar:** *Marx an die Uni. Die »Marburger Schule«*  
*(Armin Pfahl-Traughber)*..... 516

**Segert, Dieter:** *Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert*  
**Ziener, Klaus:** *Das politische System Polens*  
*(Tom Thieme)*..... 517

**Seitenbecher, Manuel:** *Mahler, Maschke & Co.*  
*(Remko Leembuis)*..... 518

**Vatter, Adrian:** *Das politische System der Schweiz*  
*(Sebastian Hadamitzky)*..... 519

*Karin AMOS/ Josef SCHMID/ Josef SCHRADER/ Ansgar THIEL (Hg.):* *Europäischer Bildungsraum. Europäisierungsprozesse in Bildungspolitik und Bildungspraxis, Baden-Baden: Nomos 2013, 289 S., 49 € und*  
*Edgar GRANDE/ Dorothea JANSEN/ Otfried JARREN/ Arie RIP/ Uwe SCHIMANK/ Peter WEINGART (Hg.):* *Neue Governance der Wissenschaft. Reorganisation, externe Anforderungen, Medialisierung, Bielefeld: Transcript 2013, 370 S., 32,80 €.*

Der Topos der Einheit von Forschung und Lehre ist seit den Tagen Wilhelm von Humboldts als Kerncharakteristikum des deutschen Universitätssystems in das kollektive Bewusstsein der deutschen Bildungskultur eingegangen. Lange Zeit galt dieser Topos zugleich als große Stärke des deutschen Universitätssystems, wobei dieser Auffassung schon immer eine starke Mythenbildung zu Lasten des Blicks auf die deutlich bescheideneren Realität zu Grunde gelegen hat. In den vergangenen Jahren jedoch ist der Abschied von Humboldts Universitätvision unübersehbar. Forschung und Lehre unterliegen spätestens seit den 1980er Jahren heterogenen dynamischen Veränderungsprozessen, die der politikwissenschaftlichen Begleitung und Kommentierung bedürfen. Diese muss dabei ein Stück weit notwendigerweise immer selbstreferentiell bleiben, da die Akteure, die sich mit diesen Themen beschäftigen, in der Regel selbst Angehörige und damit Partei des Universitäts- und Wissenschaftssystems sind. Dieser Umstand entbindet jedoch nicht von der wissenschaftlichen Verpflichtung, sich diesem Forschungsthema zu widmen und muss durch entsprechende methodische Vorsicht konstruktiv aufgenommen werden. Es liegen nun zwei Bände vor, von denen sich der eine mit dem Feld der Lehre und Bildungspolitik im internationalen Vergleich auseinandersetzt, wohingegen der andere der Forschungs- und Wissenschaftspolitik gewidmet ist, sodass beide Sammelwerke als komplementär zueinander betrachtet werden können.

Im Rahmen des Tübinger Promotionskollegs »International-vergleichende Forschung zu Bildung und Bildungspolitik im Wohlfahrtsstaat« ist der mittlerweile dritte aus einer Jahrestagung hervorgegangene Band erschienen, der die Europäisierung bildungspolitischer Prozesse in den Mittelpunkt rückt. Der Ansatz des Kollegs, Bildungsforschung und Wohlfahrtsstaatsforschung stärker zu verzahnen als dies bisher in der Bundesrepublik der Fall ist, ist ausdrücklich zu begrüßen. Daran, dass der Europäisierung von bildungspolitischen Steuerungs- und Governancepraktiken in diesem Zusammenhang ein besonders gewichtiger Stellenwert zukommt, lassen die verschiedenen Beiträge unisono keinen Zweifel. Die Hochschulbil-

dung und die Berufsbildung werden als die beiden Felder identifiziert, in denen die Einflüsse des europäischen Integrationsprozesses am deutlichsten zu beobachten sind.

Als besonders informativ ist der Beitrag von Peter Becker hervorzuheben, der auch für den Neuling auf diesem Forschungsfeld kompakt und übersichtlich die Entwicklung der Bildungspolitik von einem eher untergeordneten zu einem prioritären europapolitischen Politikfeld in verschiedenen Etappen nachzeichnet. In historisch-institutionalistischer Perspektive beschreibt er die Europäische Kommission, den Europäischen Gerichtshof, das Europäische Parlament sowie verschiedene Lobbygruppen als »Treiber der europäischen Bildungspolitik« (S. 54). Die Bedeutung bildungspolitischer Ziele habe, obgleich in ihren rechtlichen Kompetenzen seit Maastricht grundlegend unverändert, seit der Jahrtausendwende noch zugenommen, was laut Becker auf die noch stärkere Betonung der ökonomischen und beschäftigungspolitischen Bedeutung der Bildungspolitik zurückzuführen sei. Die ökonomische Ausrichtung der bildungspolitischen Koordinierung, so schließt Becker nachdenklich, ermögliche das Vordringen in ein Politikfeld, das für eine europäische Harmonisierung eigentlich verschlossen sei (S. 59). Damit ist das Stichwort »Bologna« bereits angegriffen, mit dem sich die meisten Aufsätze des Bandes beschäftigen.

Während Michael Dobbins die durchaus unterschiedlichen Entwicklungen in zwei Vorreiterländern des Bologna-Prozesses, nämlich in Frankreich und in Italien, skizziert (S. 63ff.), untersucht Tonia Bieber die Folgen des Bologna-Prozesses in Nicht-Teilnehmerländern (S. 123ff.). Das 73 Staaten sowie verschiedene IGOs, NGOs und Interessensvertretergruppen umfassende »Bologna-Forum« steht im Zentrum des Beitrags von Eva Maria Vögtle und Kerstin Martens (S. 149ff.). Unter der stilistisch prägnant zugespitzten Formulierung »Bologna as a fad or fashion« also: Bologna als Fimmel oder Mode werden die Effekte des Bologna-Prozesses in ausgewählten außereuropäischen Regionen unter die Lupe genommen. Konkret wird dabei auf den asiatisch-pazifischen Raum, auf Lateinamerika, auf die Karibik und auf Afrika eingegangen. Die beiden Autorinnen entfalten hier ein beeindruckendes Panorama informell geführter Reformdiskurse im Bildungsbereich, die die globale Wirkung des Bologna-Prozesses konturieren (S. 164–167).

Erfreulicherweise geben die Herausgeber am Ende des Bandes auch zwei Promovenden des Kollegs die Möglichkeit, erste Forschungsergebnisse aus ihren jeweiligen Dissertationsvorhaben zu präsentieren: Natalie Hartmann beschäftigt sich mit der Ganztagschulentwicklung in Deutschland (S. 233ff.) und Ulrich Theobald widmet sich den Gestaltungsmöglichkeiten von Eltern im Schulsystem (S. 263ff.). Im Dienste einer besseren Übersichtlichkeit wünschenswert wäre es gewesen, die insgesamt 13 Beiträge des Bandes in thematische Blöcke und Sektionen einzuteilen. Dennoch bietet der Band insgesamt einen umfassenden Überblick und zeigt den weiterhin bestehenden Forschungsbedarf in verschiedenen Bereichen auf. Von daher ist es erfreulich, dass die Förderung des Kollegs um weitere drei Jahre verlängert wurde, sodass man auf weiterhin folgende Anschlussbände gespannt sein darf.

Das zweite hier anzuzeigende Sammelwerk präsentiert die Ergebnisse einer Förderungsinitiative, die auf das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zurückgeht, die bereits im Jahr 2001 unter dem Titel »Forschung zum Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft« eingerichtet wurde. Nach deren erster Phase »Wissen für Entscheidungsprozesse« (2003–2008) liegen nun die Erträge aus insgesamt 13 einzelnen Forschungsprojekten unter dem Titel *Neue Governance in der Wissenschaft* (2009–2013) vor. Die Projektverantwortlichen beobachten »drei analytisch unterscheidbare, faktisch oft untrennbar miteinander verwobene Entwicklungen«, die dem Governance-Wandel an den Hochschulen zu Grunde liegen: (1) interne Veränderungsprozesse des Wissenschaftssystems infolge von staatlicher Steuerung; (2) grundsätzliche Wandlungsprozesse des staatlichen Subjekts sowie (3) Entwicklungen in der gesellschaftlichen Erwartungshaltung an das Wissenschaftssystem sowie der Kontextbedingungen, unter denen es steht (S. 17–19).

Anhand dieser drei Dimensionen gliedert sich der Band in drei große Teile: Der erste Teil ist mit dem Titel »Wandel der Governance-Regime von Hochschulen« überschrieben und behandelt inhaltlich ein Themenspektrum vom Selbstverwaltungs- und Managementmodell (S. 49–42) über die Reaktionen auf Evaluationen (S. 73–94) bis hin zur Spannung zwischen Breiten- und Spitzenförderung (S. 113–135). Schon die genannten Stichwörter verweisen auf grundlegende Wandlungspro-

zesse in der Hochschulorganisation, die den Universitätsbeschäftigten der 1970er und 1980er Jahre zum Teil noch Fremdwörter waren, gleichwohl aber bei allen, die heute im Hochschulbereich tätig sind, mitunter kontroverse Assoziationen wecken.

Der zweite Teil des Bandes fokussiert darauf aufbauend den Bedeutungszuwachs externer Anforderungen. Knut Korschatzky et al. beschäftigen sich dabei mit der regionalen Vernetzung von Hochschulen und kommen zu dem zentralen Ergebnis, dass »eine wettbewerblich vergebene Programmförderung in Kombination mit regional orientierten Auswahlkriterien wesentlich dazu beitragen kann, die (...) Kommunikations- und Organisationsprozesse auf Leitungsebene auch tatsächlich anzustoßen.« (S 179). Weiterhin hervorzuheben ist ein aus der Perspektive der Gender-Forschung verfasster Beitrag von Birgit Riegraf und Lena Weber, der sich mit der Gleichstellungsproblematik im deutschen Hochschulsystem beschäftigt (S. 235–253). Die Autorinnen plädieren darin nicht nur grundsätzlich für strukturelle Veränderungen anstatt weiterhin auf Wettbewerbsmechanismen zu setzen, sondern formulieren auch sieben konkrete Handlungsempfehlungen, wie man praktisch-politisch ansetzen könnte: Verbreitung von Gleichstellungsexpertise, Gender Mainstreaming, Fort- und Weiterbildung von Hochschulleitungen, Parametersteuerungen, strukturelle Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft, Nachwuchsförderung, Juniorprofessuren (S. 249–250).

Im dritten Abschnitt des Bandes werden die gesellschaftlichen Kontextbedingungen insbesondere unter dem Rubrum der »Medialisierung« behandelt. Diese Schwerpunktsetzung, gerade im Lichte der neueren Entwicklungen um das Web 2.0 und die sozialen Netzwerke, ist sicherlich legitim; spannend wäre es jedoch noch gewesen, auch weitere Bereiche wie etwa die Ökonomisierung oder auch die Internationalisierung der Forschungs- und Wissenschaftspolitik in eigenständigen Beiträgen zu behandeln. In dieser Hinsicht darf man sich möglicherweise bei einer Fortsetzung der Förderinitiative weitere Ergebnisse erhoffen.

Manuel Becker

Beat DIETSCHY / Doris ZEILINGER, Rainer ZIMMERMANN (Hg.): *Bloch-Wörterbuch. Leitbegriffe der Philosophie Ernst Blochs*, Berlin / Boston (Mass.): de Gruyter, 2012, XXV, 744 S., 159,95 €

Im Bloch-Wörterbuch (folgend BW) schreibt alles, was in der deutschsprachigen Blochszene von linksakademisch bis zu linksorthodox Rang und Namen hat. Einträchtig beieinander finden sich Beiträge von Martin Blumentritt, Wolfgang Fritz Haug, Hans Heinz Holz, Gerd Koch, Peter Thompson, Francesca Vidal, Doris Zeilinger, Peter Zudeick.

Der 770 Seiten umfassende Band enthält insgesamt 46 teils ausgreifende, alphabetisch sortierte Texte von 22 Autor(inn)en unter anderem zu den (Schlüssel-)Begriffen Ästhetik, Dialektik, Ethik, Heimat, Latenz, Marxismus, Natur, Natursubjekt, Spekulativer Materialismus, Subjekt-Objekt, Ungleichzeitigkeit-Gleichzeitigkeit-Übergleichzeitigkeit (von Mitherausgeber Beat Dietschy verfasst und mit 44 Seiten der längste BW-Text) und Utopie. Dieses Dutzend wird ergänzt durch 34 weitere Texte, von denen die Beiträge zu Front und Grund (jeweils drei Druckseiten), Logos-Logikon, Spuren und Zeit (jeweils um fünf Druckseiten) die kürzesten sind.

Das BW soll als »Zielgruppe«, so die drei Editoren im Vorwort, »PhilosophInnen und FachwissenschaftlerInnen nicht nur geisteswissenschaftlicher Disziplinen, sondern auch interessierte NaturwissenschaftlerInnen« ansprechen. Anspruch des BW ist es, »die konstitutiven Grundbegriffe der blochschen Philosophie aus gegenwärtiger Perspektive in Sicht zu nehmen und sie einer systematischen Explikation zuzuführen.«

Damit ist, auch sprachlich im schlechtesten Akademismus ausgedrückt, der BW-Rahmen abgesteckt. Es geht um systematische Kanonisierung des »wilden« Denkens und Denkers Ernst Bloch als fresh-blood-Zufuhr für den nicht erst seit vorgestern Morgen erschöpften spätbürgerlichen Wissenschaftsbetrieb.

Bei allem wichtigen hier angehäuften Wissen und dem Engagement verschiedener Beiträger fehlen doch so manche weiterführende Bezüge und Beziehungen, etwa zum historischen Expressionismus und zur Dada-Bewegung. Systematisch gesehen verweist Blochs *Geist der Utopie*-Buch (1918) auch auf im BW fehlende Beiträge zu Sprache und Rhetorik.

Im Personenindex findet sich viel Selbstdarstellung (akademisch Autoreferentielles genannt): Von den eingangs gelisteten Autoren verweisen drei (Holz, Zeilinger, Zudeick) zusammen sechzehn Mal auf sich. Namen von im Bloch-Kontext durchaus wichtigen *plebejischen Intellektuellen* finden sich hingegen ebenso wenig wie jeder Hinweis auf Blochs philosophischen Exil-Fachgenossen Gotthart Günter (1900–1984). Diese wissenschaftsferne Praxis wird noch überboten durch das vermutlich *strategische Ignorieren* des inzwischen hochbetagten, freilich immer noch publizistisch regen Berufsautors Gerhard Zwerenz, der seit seiner Zeit als Student bei Bloch in Leipzig beständig über Bloch veröffentlicht hat. Dass selbst Zwerenz' Arbeiten – wie, um nur eine herauszugreifen, das gemeinsam mit Ingrid Zwerenz veröffentlichte Buch *Sklavensprache und Revolte. Der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West* – so nachhaltig ignoriert werden konnten, ist nicht nur nicht gut, es ist geradezu skandalös. Es ist als sollte jetzt nach dem Hannah Arendt-Handbuch (Wolfgang Heuer; Bernd Heiter; Stefanie Rosenmüller [Hg.], Arendt-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart; Weimar 2011) im deutschsprachigen Raum nun auch Ernst Bloch in besonderer Weise so zugerichtet werden, dass nach der *Kanonisierung* seine *Musealisierung* folgen kann – ein »unerhörter Vorgang« (Bertolt Brecht).

Richard Albrecht

Alexander GALLUS / Thomas SCHUBERT/  
Tom THIEME (Hg.), *Deutsche Kontroversen: Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden: Nomos, 2013. 620 S., 98 €*

Eine Festschrift sollte das Hauptwerk des Autors einhegen, es würdigen und unter einem speziellen Gesichtspunkt im Forschungsfeld verorten. Doch wie lässt sich eine Klammer finden, um aus den Perspektiven der wissenschaftlichen Wegbereiter und -begleiter und Schüler ein gemeinsames Projekt entstehen zu lassen? Die vorliegende Würdigung zu Eckhard Jesses Emeritierung muss in besonderem Maße vor diesem Problem gestanden haben. Der Jubilar blickt nicht nur auf eine äußerst produktive wissenschaftliche Karriere zurück, sondern auch auf ein in vielerlei Hinsicht vielfältiges Engagement in diversen Forschungsfeldern. Hinzu kommt, dass sein Schaffen stets unter dem

Ausspruch von Ernst Fraenkel stand: »Politologie ist kein Geschäft für Leisetreter und Opportunisten.«

Bei der Einschätzung der vorliegenden Festschrift für Eckhard Jesse lohnt es daher, dessen eigene Messlatte anzulegen, die sich in einer Rezension zu Festschriften für Ferdinand A. Hermes und Dolf Sternberger aus dem Jahr 1978 findet (»Festschriften zwischen Apotheose und Bären dienst« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 4/1978, S. 568–569): Umfang im Zusammenhang mit Abdeckung der Forschungsinteressen im Gesamtwerk, Aktualität der Beiträge, die an sich einen Neuigkeitswert haben sollten und eine kritische Auseinandersetzung, die das »Bleibende« des Werkes herauskristallisiert.

Ein Großteil des »Who is Who« der deutschen Politik- und Geschichtswissenschaft hat Jesse mit einem Beitrag zu diesem Band seine Referenz erwiesen. 43 Beiträge von 46 Autoren präsentieren die Herausgeber unter der Überschrift der »Kontroverse« – dem Oberthema Jesses akademischen Schaffens. Strukturiert ist der Band nach der Einleitung in die nahezu gleichgroßen Abschnitte: Identitäts-, System-, Struktur-, Gesellschafts- und Machtkontroversen. Die Beiträge thematisieren neben vielem anderen die Frage eines »Verfassungspatriotismus« (Peter Graf Kielmansegg), den »Historikerstreit oder: Wissenschaft und Dogmatismus« (Barbara Zehnpfennig) oder die »Paradigmen zur Geschichte der Bundesrepublik« (Hans-Peter Schwarz), wenden den Blick auf die politischen Verortungen »links«, »rechts« oder auf den Extremismusbegriff: »Nicht rechts, nicht links – aber radikal. Libertarianism diesseits und jenseits des Atlantiks« (Claus Leggewie), »Zum differenzierten Extremismusbegriff von Eckhard Jesse« (Richard Stöss), »Jenseits von rechts und links: Die Mitte in Bewegung« (Tilman Mayer). Von hier ausgehend weitet sich der Blick auf die Geschichte: »Kommunistische Kämpfe in der weltlichen Schulbewegung der Weimarer Republik« (Franz Walter), »Volksgemeinschaft«. Zur Diskussion über einen umstrittenen Integrationsfaktor nationalsozialistischer Weltanschauung« (Frank-Lothar Kroll), »Die DDR in Hans-Ulrich Wehlers »Deutscher Gesellschaftsgeschichte« (Günter Heydemann). Die Auseinandersetzung zwischen den Fachdisziplinen wird durch Klaus von Beyme untersucht (»Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft. Kooperation und Konflikt zweier

Fächer«), auch aktuelle Streitfragen werden in zahlreichen Beiträgen gestreift so etwa: »Wahlsystemkontroversen« (Dieter Nohlen), »Der deutsche Föderalismus – nur noch ein Ärgernis« (Roland Sturm), »Direktwahl des Ministerpräsidenten – eine Verfassungsreform für die Länder« (Frank Decker), »Erscheinungsformen und Debatten um den »Populismus« in Deutschland« (Nikolaus Werz), »Europa und die Zukunft der Demokratie« (Wolfgang Rudzio) oder »Von zaudernden Löwen und ratlosen Füchsen: Regierungschefs in der Mediendemokratie des 21. Jahrhunderts« (Ludger Helms). Letztlich werden auch Themen bearbeitet, die nicht kontrovers waren oder sind, aber es hätten sein können oder müssen: »Eine unentfaltete Kontroverse: Gab und gibt es auch in der Moderne Notwehrsituationen für Staaten und Gesellschaften?« (Ernst Nolte) oder »Eine nötige Kontroverse: Deutschlands »europäischer Beruf«« (Werner J. Patzelt).

Diese Beispiele illustrieren die Tiefe aber auch die Aktualität der hier versammelten Aufsätze. Dem Wechselspiel von Würdigung, (berechtigter) Kritik und Anlehnung an das Thema des Bandes sind an sich alle Autoren gefolgt. Wenig überraschend stellen einige einen direkteren Bezug zum Jubilar her als andere. Die inhaltlich stärksten Beiträge finden sich dort, wo der jeweilige Autor die kritische Auseinandersetzung sucht und so dem Leser hilft, Jesses Werk einzuordnen. Ganz nebenbei leisten gerade diese Artikel einen Beitrag zum Forschungsstand. Um die oben zitierte Messlatte zu paraphrasieren, könnte diese Rezension unter dem Titel »Gelungene wissenschaftliche Würdigung und Anfänge einer anschlussfähigen Auseinandersetzung« stehen. Einen Bärendienst jedenfalls haben die Herausgeber und Beiträger des Bandes Jesse jedenfalls nicht erwiesen!

*Christian Nestler*

*Lothar PETER: Marx an die Uni. Die »Marburger Schule«. Geschichte, Probleme, Akteure, Köln: PapyRossa. 2014, 221 S., 14,90 €*

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland entstanden an den Universitäten unterschiedliche Wissenschaftsrichtungen, die sich häufig nach dem jeweiligen Ort benannten oder so benannt wurden. Am bekanntesten dürfte heute noch die »Frankfurter Schule« um Theodor W.

Adorno und Max Horkheimer sein. Es gab aber auch eine »Marburger Schule«, die um den marxistisch ausgerichteten Juristen und Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth entstand. Nachdem sie in den 1970er und 1980er Jahren eine gewisse Bedeutung erlangt hatte, fanden ihre Repräsentanten und Schriften im vereinten Deutschland kaum noch größere Resonanz. An sie erinnert der Soziologe Lothar Peter, der sich selbst als deren Repräsentant und Schüler versteht (S. 7), in seinem Buch *Marx an die Uni. Die »Marburger Schule«. Geschichte, Probleme, Akteure*.

Da für den Autor auch die Soziologen Werner Hofmann und Heinz Maus »schulebildend« waren, spricht er ganz bewusst nicht von der »Abendroth«-, sondern von der »Marburger« Schule. Deren Entwicklung behandelt Peter historisch-chronologisch: Die erste Phase mit der allmählichen Konturbildung von 1951 bis 1966 sieht er vor allem durch Abendroth und seine Mitarbeiter geprägt. Ansätze einer »epistemischen Gemeinschaft« seien zwischen 1965 und 1970 durch das Wirken der Soziologen Hofmann und Maus auch und gerade mit der Dominanz des marxistischen Paradigmas entstanden. Der Phase von Kontinuität und Neuausrichtung in den 1970er Jahren wird mit Ausführungen zu einigen Standardwerken dieser Richtung wie den Schriften von Frank Deppe zu den Gewerkschaften, Georg Fülberth zur Sozialdemokratie, Reinhard Kühnl zum Faschismus und Dieter Boris zu Lateinamerika besondere Aufmerksamkeit gewidmet. In den 1980er Jahren seien diese Entwicklungen mit teilweise neuen Repräsentanten fortgesetzt worden, wozu etwa der verfassungsrechtliche Beitrag von Peter Römer oder später die Verarbeitung des »Epochenbruchs« durch Fülberth gehört habe. Schließlich skizziert Peter noch die Entwicklung seit den 1990er Jahren.

Er wolle, so formuliert der Autor, sich mit seinem Buch gegen die heute noch kursierende Legende wenden, »dass die Marburger Schule sich durch intellektuelle Orthodoxie und ideologischen Instrumentalismus wissenschaftlich disqualifiziert habe«, was eben durch »die tatsächlichen Leistungen ihrer Akteure widerlegt« (S. 202) werde. Und in der Tat wäre diese Einschätzung eine einseitige und pauschalisierende Deutung, die so sicherlich nicht angemessen ist. Peter kommt das Verdienst zu, erstmals in Form einer breit angelegten Monographie die intellektuelle und persönliche Entwicklung der »Marburger Schule« darge-

stellt zu haben. Seine persönliche Nähe zu ihr verschweigt Peter nicht, was ihn indessen nicht zur Ignoranz gegenüber ihren Defiziten oder Problemen veranlasst. So heißt es etwa: »Weder bis zu diesem Zeitpunkt noch später hat Abendroth eine umfassendere Theorie des Politischen oder der Politikwissenschaft vorgelegt« (S. 30), was für einen Gründungsvater der deutschen Politikwissenschaft in der Tat bedauerlich ist.

Immer dann aber, wenn es aber um die Nähe der »Marburger Schule« zur DDR oder DKP (vgl. S. 103–107) geht, beschönigt und relativiert der Autor allzu sehr – selbst bei zaghaften kritischen Kommentaren. Das diktatur-apologetische Werk zum Vergleich von »BRD – DDR« kommentiert Peter zwar als »nicht zu Unrecht kritisierten Sammelband« (S. 103). Wie aber die Forderung nach mehr Demokratie und die Orientierung auf eine Diktatur grundsätzlich in Einklang gebracht werden kann, problematisiert er nicht wirklich. Dabei werden bestimmte Details schlicht ausgeblendet. So heißt es etwa über das »Institut für Marxistische Studien und Forschungen«: »Das IMSF... musste sich 1990 auflösen, da seine von der DKP abhängige Finanzierung nach 1990 nicht mehr gesichert war« (S. 106). Das Geld kam aber von der DDR über die DKP zum IMSF. Einen gewissen Dogmatismus der »Marburger Schule« hatten auch nicht nur »Kalte Krieger«, sondern auch als links geltende Hochschullehrer wie Iring Fetscher und Fritz Vilmar vehement kritisiert.

Armin Pfahl-Traugbber

Dieter SEGERT: *Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert*, Stuttgart: UTB, 2013, 272 S., 18,99 € und

Klaus ZIEMER: *Das politische System Polens. Eine Einführung*, Wiesbaden: Springer VS, 2013, 344 S., 29,95 €

Das Gros der (unzähligen) Sammelbände über die Systemwechsel 1989/90 und der folgenden Demokratisierung des postsozialistischen Raums weist in der Regel die gleichen Stärken und Schwächen auf: Zwar behandeln renommierte Länderexperten ausgewählte Spezialthemen zu bestimmten Fragen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Transformation; es fehlt aber häufig an zeitlichen wie räumlichen Überblicksdarstellungen »aus einem Guss«. Die Monografien der aus-

gewiesenen Osteuropakenner Dieter Segert und Klaus Ziemer heben sich unabhängig von ihren verschiedenen Gegenstandsbereichen von diesen Tendenzen ab – der eine durch eine zeithistorisch fundierte Systemwechselanalyse Osteuropas während des »kurzen Jahrhunderts«, der andere in Form einer umfassenden politischen Landeskunde über Polen.

Dieter Segert liefert einen Parforceritt durch die Geschichte des östlichen Europas: ausgehend von den Folgen des zerfallenden osmanischen Reiches, über die Entstehung der Staaten Ost- und Ostmitteleuropas nach dem Ersten Weltkrieg und des Sozialismus in der Sowjetunion bis zur Ausbreitung, Differenzierung und schließlich der Krise und dem Niedergang der Systeme. Vor allem durch die Aufeinanderbezogenheit der Entwicklungen – die Revolution in Russland hier; die Schwächung Deutschland und das Ende Österreich-Ungarns da – überwindet Segert die Grenzen einzelner nationaler Geschichtsschreibungen und macht plausibel, weshalb 1989 nicht ohne die Urkatastrophe Europas zu verstehen ist. Weniger überzeugend scheint dagegen die Phaseneinteilung des Wiener Politikwissenschaftlers, der zwei »große Transformationen« unterscheidet – die erste als Geschichte des Wandels hin zum »Staatssozialismus« (wie es der Autor apologetisch anstelle Sozialismus formuliert), die zweite für die Zeit nach 1989. Dass die Entwicklungen in Ostmittel- und Osteuropa nach 1918 zunächst höchst unterschiedlich verliefen (in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und im Baltikum in Richtung Demokratie, in der Sowjetunion hin zu einem totalitären System, dessen Expansion erst mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs entscheidend vorankam), unterschlägt Segert. Die Bilanz der Entwicklung seit dem überzeugt dafür umso mehr wegen ihrer theoretischen Fundierung, der vergleichenden Perspektive auf die osteuropäischen Staaten und dem interdisziplinär und zugleich mehrdimensionalen Blick (Politik, Ökonomie, Gesellschaft und Staatlichkeit) auf die Transformationsprozesse. Gleichwohl verzieht Segert das häufig positiv bewertete (Zwischen-)Ergebnis der postsozialistischen Systemwechsel mit einigen Fragezeichen. Der Autor zählt dazu soziale Verwerfungen durch die Härten der ökonomischen Transformation, die Zunahme an gesellschaftlicher Ungleichheit, politische Entfremdung, die geringe Unterstützung für die Demokratie, fragile Staatlichkeit in den multinatio-

nen Ländern und defekt-demokratische Regime wie Russland und Ungarn. An relevanten und problemorientierten Gegenständen wird es der Osteuropa- und Transformationsforschung auch in den nächsten 25 Jahren nicht fehlen.

Für den Einzelfall Polen eignet sich die Länderstudie Ziemers als passende Ergänzung, besser gesagt Vertiefung zur Analyse Segerts. Die auf früheren Arbeiten des ehemaligen Direktors des Deutschen Historischen Instituts in Warschau aufbauende und vollständig aktualisierte politische Landeskunde gibt einleitend einen kurzen historischen Abriss, behandelt ausführlich die zentralen institutionell-strukturellen und prozessualen Bereiche des politischen Systems: Parlament und Regierung, Staatspräsident und Gerichte, politische Parteien und Interessengruppen sowie die Ausprägungen der politischen Kultur in Polen. Mit Ausnahme der Außenpolitik bleibt die Policy-Dimension der polnischen Politik indes unberücksichtigt. Das ist schade, weil der Band zum einen – abgesehen von seiner zeitlichen Fortschreibung – nicht über die »klassischen« Veröffentlichungen (Bingen, Franzke, Jäger-Dabek, Urban) hinausgeht, zum anderen da Ziemers abschließende Einordnung der polnischen Bilanz als »gelungene Transformation mit Schönheitsfehlern« einer stärkeren Begründung auf zentralen Feldern wie der Wirtschafts-, Finanz-, Innen- und Sozialpolitik bedurft hätte.

*Tom Thieme*

*Manuel SEITENBECHER: Mahler, Maschke & Co. Rechtes Denken in der 68er-Bewegung? Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag, 2013, 557 S., 39,90 €*

Kaum ein Datum der deutschen Nachkriegsgeschichte löst bis in die Gegenwart derart leidenschaftliche Debatten aus, wie das Jahr 1968, das bis heute als Metapher für das Entstehen einer politischen Kultur in der Bundesrepublik gilt. Insbesondere jene, die sich als Teil der »68er-Generation« verstehen, nehmen bis heute für sich in Anspruch, das Schweigen über die nationalsozialistischen Verbrechen gebrochen, die Republik demokratisiert und nach dem Muff der Adenauer-Jahre das gesellschaftliche Klima liberalisiert zu haben. Mit wenigen Ausnahmen, wie etwa Götz Aly, ist

dies bis heute das weitgehende Selbstverständnis der eigenen Jugend.

Marco Sennholz verfolgt in der vorliegenden Arbeit die Lebensläufe von fünf Protagonisten (Horst Mahler, Tilman Fichter, Günther Maschke, Reinhold Oberlecher und Bernd Rabehl) dieser Generation und geht gleichsam der Frage nach, inwiefern ihre spätere rechte bis rechtsradikale Wendung mit ihren studentischen Aktivitäten in Einklang zu bringen ist und ob sich gar Kontinuitäten von damals bis in die Gegenwart identifizieren lassen. Um eines vorweg zu nehmen: Weder ist ein Werdegang wie der von Horst Mahler exemplarisch noch repräsentativ für die Ziele als auch den Charakter der gesamten Studentenbewegung. Natürlich sind solche Lebensläufe stets vor allem Ausdruck einer individuellen Biografie. Nirgends wird dies deutlicher als in den Haltungen der Protagonisten zum jüdischen Staat. Im Denken Mahlers zeigt sich gerade hier eine Kontinuität, die nicht einfach mit dem Hinweis auf einen für ihn stets charakteristischen Extremismus beiseite gewischt werden kann.

Das Ressentiment gegen Israel ist bis heute auch auf Seiten der politischen Linken virulent. Und tatsächlich lassen sich hier auch Kontinuitäten nachzeichnen. Insbesondere die Rote Armee Fraktion, die sich als Bestandteil einer internationalistischen Avantgarde begriff und mit ihren Terroranschlägen die nationalen »Befreiungsbewegungen« in der Dritten Welt, gerade auch im Nahen Osten unterstützen wollte, macht dies deutlich. Dabei war die RAF, der Mahler angehörte, tatsächlich so etwas wie die Avantgarde. Allerdings nicht die eines wie auch immer zu deutenden »Befreiungskampfes«, sondern eher die eines linken Antisemitismus, wie Mahler selbst vor einigen Jahren in einem Interview richtig analysierte, als er ausführte: »Damals war das, was Sie jetzt unter Antijudaismus verstehen, der Antizionismus [...]«. Und dieser Antizionismus, gehört bis heute in Teilen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken zu ihrem Selbstverständnis.

Die Frage danach, ob Leute wie Mahler von links nach rechts gewandert sind, wie sie für Seitenbecher in seiner Studie erkenntnisleitend ist, ist eigentlich obsolet, weil sie abgesehen von der Diktion und den gewählten Begrifflichkeiten, nie etwas anderes gesagt haben. Diese Analyse ließe sich ebenso auf den virulenten Antiamerikanismus ausweiten, der ebenso konstitutiv für die Neue Linke

war und bis heute ebenso die Grenzen zwischen dieser und rechtsradikalen Strömungen und Organisationen bisweilen verschwimmen lässt. Dies verdeutlicht wiederum, wie dringend eine Auseinandersetzung mit diesen Themen für die Linke noch heute ist und die vorliegende Arbeit ist ein substanzialer Beitrag dazu. Grundsätzlich überzeugt die Studie von Seitenbecher gerade in ihrem deskriptiven Gehalt und dem Vergleich unterschiedlicher Protagonisten, die höchst unterschiedlich und mit ihren eigenen Themensetzungen rechts bzw. rechtsaußen angekommen sind. Gerade hier zeigt sich, dass es trotz aller Differenzen vor allem das Ringen um den Begriff der Nation war und ist, der ein wesentliches Element in ihrem politischen Denken darstellt.

Weniger überzeugend sind allerdings manche analytische Deutungen des Autors. Neben seiner wenig schlüssigen theoretischen Situierung der Arbeit im Anschluss an totalitarismustheoretische Überlegungen und seine schwer nachzuvollziehende Unterscheidung von Bedrohungs- und Befreiungsnationalismus, ist insbesondere seine Beurteilung der Person Rabehls, mit dem er für diese Studie Interviews geführt hat, problematisch. So führt er etwa aus, dass die Auftritte Rabehls bei der NPD und der DVU auch einer gewissen Naivität geschuldet gewesen seien und seine kurzzeitige Überlegung, für die NPD als Bundespräsidentenkandidat anzutreten, vor allem Ausdruck seiner Ablehnung der Bundesrepublik exemplifiziert und in seinen radikaldemokratischen Zielen zu verorten sei. Abgesehen davon, dass jemand wie Rabehl wohl kaum aus Naivität Werbung für eine Partei macht, die in der Tradition des Nationalsozialismus steht, stellt sich schon die Frage, wie Seitenbecher in diesem Zusammenhang zu der Schlussfolgerung kommt, dass eine solche Person weder rechtsradikal, noch antisemitisch oder rassistisch ist. Man dürfte Rabehl wohl durchaus zutrauen, dass er sehr genau wusste, wem er sich hier anschloss. Auch sein Vortrag vor der neo-nazistischen Münchner Burschenschaft Danubia, Seitenbecher bezeichnet sie lediglich als »nationalgeinnt«, kann wohl kaum auf Naivität zurückzuführen sein. Und ein Blick auf seine Webseite hätte genügt, um festzustellen, dass Rabehl mitnichten ein harmloser und naiver Zeitgenosse ist. Dort führt er in einem recht wirren Pamphlet über die Finanzkrise noch im letzten Jahr aus, dass gewisse Lösungsmodelle nicht diskutiert werden könnten.

Zu den Gründen schreibt er: »Das mag an der Doppel- bzw. Parallelmacht des Finanzkapitals liegen, das über ›Logen, Geheimbünde, Absprachen, Verschwörungen Staat und Wirtschaft durchzieht und die Medien beherrscht.« Diese Äußerungen erinnern wohl keineswegs zufällig an die »Protokolle der Weisen von Zion«.

Auch wenn Seitenbechers Buch ohne Zweifel einen wichtigen Beitrag zu einer kritischen Betrachtung der 68er leistet und gerade in seiner Akribie überzeugend ist – der Gesamteindruck wird durch diese inhaltlichen Schwächen nachhaltig getrübt.

*Remko Leemhuis*

*Adrian VATTER, Das politische System der Schweiz, Baden-Baden: Nomos/UTB, 2014, 589 S., 29,99 €*

Adrian Vatter widmet sich dem »demokratischen Sonderfall« Schweiz, die als politische Willensnation auf multikultureller Grundlage eine Sonderrolle unter den Demokratien einnimmt. Durch ihre große Heterogenität erscheint sie als Mikrokosmos Europas und als Labor der europäischen Integration. Mit seinem Buch möchte der Autor nicht nur eine allgemeine Einführung in das politische System der Schweiz und einen umfangreichen Überblick über den aktuellen Stand der politikwissenschaftlichen Forschung liefern, er strebt auch an, diesen zu erweitern. Durch eine vertiefte und empirisch fundierte Analyse zum langfristigen Wandel des schweizerischen Systems auf dem Kontinuum von Konsens- und Mehrheitsdemokratien soll mit einem komparativen und politisch-institutionellen Ansatz international vergleichend gearbeitet und eine Forschungslücke geschlossen werden. Darüber hinaus möchte Vatter untersuchen, ob und inwiefern sich die Schweiz als Vorbild für all die Länder eignet, deren repräsentatives politisches System sich aktuell in einer Krise befindet. So soll der Text allgemeine Einführung, Lehrbuch, Erweiterung der Forschung und Behandlung aktueller europäischer Fragen zugleich sein. Diesen hohen Ansprüchen wird der Autor nur zum Teil gerecht.

Ihm misslingt es, den Rahmen des Buches zu Beginn verständlich abzustecken und einen komprimierten Überblick über die zu behandelnden Gegenstände zu geben. Zu kompliziert wirkt der

Versuch, alle notwendigen Informationen in einer kompakten Einleitung unterzubringen. Im weiteren Verlauf beschreibt Vatter die zentralen Bereiche des politischen Systems der Schweiz ausführlich und verständlich. Einer Einführung angemessen gelingt ihm eine Mischung aus erzählerischem und wissenschaftlichem Stil, so dass die Lektüre insgesamt kurzweilig gerät. In sehr klaren Kapiteleinleitungen umreißt der Autor die jeweiligen Gegenstandsbereiche präzise. Die einzelnen Abschnitte sind verständlich aufgebaut; Vatter kommt vom Allgemeinen des Gegenstandes ins Spezielle des politischen Systems der Schweiz. Mit seiner Struktur – entwicklungshistorische Betrachtung, Analyse der institutionellen Ausgestaltung und Einordnung in einen internationalen Kontext – schafft der Autor einen stringenten Rahmen zur Behandlung der einzelnen Themen.

Die sehr ausführlichen und gut belegten Darstellungen der historischen Entwicklungen vermitteln dem Leser ein umfangreiches Bild der Schweizer Geschichte – manchmal geraten sie jedoch zu lang. Der internationale Vergleich fällt hingegen meist sehr kurz aus und bleibt hinter dem gesetzten Anspruch zurück, auch die Suche nach einer etwaigen Vorbildrolle der Schweiz für andere Länder (in Krisen) findet kaum statt. Dennoch bieten die knappen Vergleiche die Möglichkeit, zentrale Unterschiede zu anderen politischen Systemen festzustellen und die Schweiz international einzuordnen. Eine kurze und präzise Zusammenfassung sowie (Übungs-)Fragen am Ende eines jeden Kapitels machen das Buch für all jene interessant, die sich auf eine Prüfung über das politische System der Schweiz vorbereiten, oder auch nur die zentralen Inhalte wiederholen möchten. Die zu Beginn angekündigten neuen Erkenntnisse sind zahlreich und verteilen sich über das gesamte Werk. Besonders hervorzuheben sind die Befunde der eigenen Forschung des Autors zu den politischen Institutionen der Schweizer Kantone.

Mit den Themen Wahlsystem, Parteien und Parteiensystem, Verbände und Verbandssystem, Regierung, Parlament, Zweikammersystem, di-

rekte Demokratie, Verfassung, Föderalismus und Justiz behandelt Adrian Vatter alle relevanten Bereiche des politischen Systems. Die Kapitel stellen eigenständige, thematisch geschlossene Abschnitte dar, die für sich stehen. Dies ermöglicht es dem Leser, sich auch nur über einzelne Themen zu informieren.

Im letzten, zusammenfassenden Kapitel über »das politische System der Schweiz im Vergleich« nimmt der Autor eine in Relation zu den anderen Abschnitten komplexe abschließende Analyse vor und beantwortet die zu Beginn gestellte zentrale Frage, ob sich die Position der Schweiz auf dem Kontinuum von Konsens- und Mehrheitsdemokratie gewandelt hat. Die Schweiz habe sich in den letzten Jahren vom Musterbeispiel einer perfekten Konkordanzdemokratie in Richtung Mehrheitsdemokratie bewegt: Sie entspricht »zu Beginn des 21. Jahrhunderts einer *Konsensdemokratie*, die zunehmend auch *konkurrenzdemokratischen Randbedingungen* [...] unterworfen wird« (S. 565). Der zuvor zu kurz gekommene internationale Vergleich ist im letzten Abschnitt ausführlich, er beinhaltet auch eine Auseinandersetzung mit der demokratischen Qualität.

Adrian Vatters Buch ist eine gute Einführung in das politische System der Schweiz. Es gelingt dem Autor, trotz des Umfangs deskriptiver Passagen hohen politikwissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen. Obwohl an vielen Stellen erzählend, ist das Buch inhaltlich tiefgehend und für seine Zwecke angemessen komplex. Es eignet sich als Lektüre zum politikwissenschaftlichen Einstieg in das Thema Schweiz ebenso wie für interessierte Laien. Seinem Anspruch, ein aktuelles Lehrbuch und eine allgemeine Einführung vorzulegen, wird Adrian Vatter also gerecht. Eine Antwort auf die Frage, ob und in welcher Weise das politische System der Schweiz als Vorbild zur Lösung der Krisen politischer Repräsentation in Europa dienen könnte, bleibt der Autor jedoch schuldig.

Sebastian Hadamitzky